

Antrag

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak,
Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

Betr.: Einrichtung eines Expertenrates „Politischer Islam“ zur wissenschaftlichen Ergänzung des Kampfes gegen den islamischen Extremismus

„Eine unabhängige staatlich legitimierte Dokumentationsstelle für den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam) zur wissenschaftlichen Erforschung, Dokumentation und Aufbereitung von Informationen über den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam) sowie der besseren Koordination der Präventions- und Aufklärungsarbeit.“

So lautet das Ziel der „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ der Republik Österreich, die im Jahr 2020 gegründet wurde.

Die amtierende deutsche Bundesregierung hat den auf Bundesebene im Jahr 2021 einberufenen Expertenkreis zum „Politischen Islamismus“ wieder abgeschafft. Der Expertenkreis des Bundes hatte die Erforschung des Islamismus und die Aufklärung über islamistische Bestrebungen zum Ziel. Seine vorzeitige und fortsetzungslose Beerdigung hinterlässt eine gefährliche Lücke.

Seit Jahren stellt der Bereich des Islamismus in Hamburg eine erhebliche, nicht abnehmende sicherheitspolitische Herausforderung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates dar. Nicht nur, dass die Attentate des 11. September maßgeblich in Hamburg vorbereitet worden sind – der Verfassungsschutzbericht attestiert der Hansestadt jedes Jahr aufs Neue ein deutliches Gefahrenpotenzial aus der radikal-muslimischen Ecke.

Der Verfassungsschutz dokumentiert: „Nach wie vor ist das Gesamtpotenzial im Bereich Islamismus auf hohem Niveau.“ In Hamburg betrug das (islamistische) Gesamtpotenzial Ende 2021 1.650 Personen, davon gelten 1.130 als gewaltorientierte Islamisten. In Hamburg werden der Hizb ut-Tahrir im Jahr 2021 rund 340 deutsche oder afghanisch- und türkischstämmige Personen, der Furkan-Gemeinschaft 200 überwiegend türkischstämmige Personen zugerechnet.

Der Verfassungsschutz zählt außerdem in der Hansestadt 550 Salafisten und Dschihadisten.

Erst 2021 konnten in Hamburg die islamistisch motivierten Anschläge eines Deutsch-Marokkaners frühzeitig aufgedeckt werden.

Deshalb ist die Einrichtung eines Expertenrates Politischer Islam auf Länderebene im Sicherheitsinteresse der Behörden. Der Verfassungsschutz Hamburg ist im Einzelnen schon jetzt im Vorfeld strafbewehrten Handelns tätig; doch er hat weder die Ermächtigung noch den akademischen Personalansatz, den „gesellschaftlichen Nährboden“ des Islamismus vollumfänglich auszuleuchten und interdisziplinär zu erforschen. Vielfach sind die Sicherheitsorgane demzufolge auf externe Expertise (insbesondere von Hochschulen) angewiesen. Die erforderliche Expertise soll der Expertenrat künftig zentral bereitstellen.

Um den Informationsbedarf im direkten staatlichen Verantwortungsbereich zu decken, soll der Expertenrat zugleich als Dokumentationsstelle nach österreichischem Vorbild eingerichtet werden. Der Hauptauftrag des Expertengremiums muss sich dabei auf die wissenschaftliche Erforschung des Phänomens des politischen Islams, mit ihm assoziierter Netzwerke, (noch) nicht sicherheitsrelevanter Vereinstätigkeiten und Strukturen, insbesondere auch an Schulen und Universitäten konzentrieren. Außerdem sollen Ursachen und Trends analysiert, dokumentiert sowie zur Sicherung des öffentlichen Diskurses (im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Stärkung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung) publiziert werden.

Dementsprechend forscht, berät und informiert die Dokumentationsstelle Politik und Öffentlichkeit zum Phänomen des politischen Islam. Zur effektiven Sicherstellung ihres Auftrags muss die Dokumentationsstelle schließlich komplementär, also ergänzend, zu den Sicherheitsorganen im präventiven Bereich tätig werden. Sie ist hierzu mit den Sicherheitsbehörden zu vernetzen und in angemessenem Umfang materiell und personell auszustatten. Dazu entsenden auch die mit der Gefahrenabwehr befassten Behörden jeweils einen ständigen Vertreter, der die behördlich gewonnenen Erkenntnisse bereitstellt.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Hamburg einen Expertenrat „Politischer Islam“ als wissenschaftliche Forschungsstelle nach österreichischem Vorbild einzurichten, um Entwicklungen im Bereich des Islamismus grundlegend zu erforschen sowie staatsgefährdende Tendenzen frühzeitig zu dokumentieren. Die Forschungsstelle wird als Schnittstelle zur hamburgischen Sicherheitsarchitektur konzipiert; Polizei, Verfassungsschutz und Justiz entsenden ständige Mitglieder und stellen ihre Erkenntnisse, soweit es die Geheimhaltung gestattet, der Forschungsstelle zur Verfügung. Die Forschungsstelle soll den Kampf gegen den islamischen Extremismus unterstützen und für mehr Sicherheit in Hamburg sorgen.